

SCHULDENSTOPP ODER STAATLICHE INVESTITIONEN?

d | part in Kooperation mit dem Forum New Economy

Jan Eichhorn
Tobias Spöri

KERNERGEBNISSE

- Grundsätzlich finden es zwei Drittel der Menschen in Deutschland gut, wenn der deutsche Staat keine neuen Schulden aufnehmen würde. 66% stimmen dem Ziel eines Schuldenstopps zu, damit für die nächste Generation keine Schuldenberge entstehen.
- Aber das bedeutet nicht, dass Staatsschulden komplett abgelehnt werden. Im Gegenteil: Ebenfalls rund zwei Drittel (69%) stimmen zu, dass es besser ist, jetzt Schulden für Zukunftsinvestitionen aufzunehmen, damit beispielsweise Infrastruktur und Schulen verbessert werden können.
- Wenn wir also nicht nur generell über Staatsschulden sprechen, sondern klar ist, dass neue Kredite genutzt werden, um zu investieren, gibt es große Zustimmung in Deutschland. Das gilt selbst bei Menschen, die sich grundsätzlich einen Schuldenstopp wünschen würden: 44% sagen einerseits, dass der Staat idealerweise keine neuen Kredite aufnehmen sollte, aber andererseits, dass Schulden für Zukunftsinvestitionen der richtige Weg sind.
- Nur eine kleine Minderheit (17%) setzt ausschließlich auf einen Schuldenstopp und lehnt schuldenfinanzierte Investitionen ab.
- Das gilt über Parteigrenzen hinweg. Am häufigsten finden wir einen alleinigen Fokus auf den Schuldenstopp (bei Ablehnung von schuldenfinanzierten Investitionen) unter AfD-Unterstützer*innen. Aber auch da sind es nur 25%, die diese Positionen einnehmen.
- Die Erkenntnisse gelten auch für alle Altersgruppen: Auch in der jüngsten Gruppe (16-29 Jahre) setzen nur 17% ausschließlich auf einen Schuldenstopp.

„Ein starres Festhalten an der Schuldenbremse und ein Ablehnen von schuldenfinanzierten Investitionen ist eine schlechte Wahlkampfstrategie für alle Parteien in Deutschland. Zwar fänden viele Menschen es grundsätzlich gut Schulden zu reduzieren, aber wenn es um Investitionen in die Zukunft, zum Beispiel bei Infrastruktur oder Schulen geht, dann finden zwei Drittel der Deutschen neue Schulden vertretbar.“

Jan Eichhorn

„Viele Menschen erkennen den erheblichen Investitionsbedarf in Deutschland und erleben die negativen Konsequenzen im Alltag. Wenn der Investitionsbedarf klar kommuniziert wird, sind viele bereit, neue Staatsschulden in Kauf zu nehmen.“

Tobias Spöri

„Die Schuldenbremse wird oft mit der angeblichen Sorge für kommende Generationen verteidigt. Doch junge Menschen selber finden größtenteils, dass neue Staatsschulden Sinn machen, wenn sie Zukunftsinvestitionen ermöglichen.“

Jan Eichhorn

Autoren

Dr. Jan Eichhorn

Jan ist Mitgründer und Partner von d|part sowie Forschungsdirektor des Think Tanks. Seine Schwerpunkte sind Jugendbeteiligung, ökonomische Verständnisse sowie Dissonanzen zwischen Eliten- und Bevölkerungsperspektiven. Neben seiner Arbeit bei d|part ist Jan auch Senior Lecturer für Sozialpolitik an der Universität von Edinburgh. Er hat einen Bachelor in integrierter Sozialwissenschaft von der Jacobs University Bremen und einen Dokortitel in Soziologie von der University of Edinburgh.

Dr. Tobias Spöri

Tobias ist Senior Research Fellow bei d|part und lehrt am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien. Seine Forschungsschwerpunkte liegen auf der Transformation der Demokratie in Europa, politischer Beteiligung und Bevölkerungseinstellungen. Er hat einen Dokortitel der Universität Wien und einen postgradualen Abschluss vom Institut für Höhere Studien in Wien (IHS).

Datengrundlage

- Repräsentative Umfrage der Bevölkerung in Deutschland im Alter von 16 bis 80 Jahren
- Durchgeführt vom 18. bis 30. Oktober 2024 mit 1968 Befragten
- Durchführung durch SAGO als Online-Umfrage mit umfangreichen Hauptquoten (Alter, Geschlecht, Bundesland, Bildungsstand) und Kreuzquoten (Geschlecht X Alter, Bildung X Alter, Bildung X Bundesland)
- Leichte Abweichungen von Bevölkerungsparametern in der Stichprobe durch Gewichte korrigiert

Veröffentlicht im Januar 2025

© d|part. Skalitzer Straße 33, 10999 Berlin, Germany

Mit finanzieller Unterstützung der European Climate Foundation durch das Forum New Economy.

Weitere Informationen gibt auf der Projekt-Website www.dpart.org/de/projects/oeffentliches-verstaendnis-der-wirtschaft-und-paradigmenwechsel